



**Mairede 2017 in Neuwied**  
**Maiempfang des Oberbürgermeisters der Stadt Neuwied**  
**29.04.2017, Schlossgalerie Neuwied**  
**Sabrina Kunz, stellvertretende Landesvorsitzende GdP**

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!!!!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roth,  
sehr geehrte Damen  
sehr geehrte Herren,  
liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

vielen Dank für die freundliche Begrüßung und dass ich zum diesjährigen Maiempfang hier bei Ihnen bzw. bei euch sein darf. Es ist mir in doppelter Hinsicht eine Freude, zum diesjährigen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerempfang die Mairede halten zu dürfen. Zum einen weil ich in meiner eigenen Heimat sein kann und zum anderen weil ich der festen Überzeugung bin, dass der „Tag der Arbeit“ in Zukunft auch wieder mehr und mehr an Bedeutung gewinnen muss und wird.

Wir stehen als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor einer der größten Herausforderungen: **die Menschen wieder mehr und mehr zu einer Solidargemeinschaft zu einen**; und zwar zu einer Solidargemeinschaft, die von einer gemeinsamen Werthaltung ohne Ausgrenzung, ohne Hass, ohne Rassismus, ohne Antisemitismus, ohne Rechts- und Linksextremismus und vor allem ohne Rechtspopulismus ausgeht.



Kern der Solidarität, wie ich **sie** verstehe Kolleginnen und Kollegen, ist die soziale Gerechtigkeit für alle in einem freiheitlichen, demokratischen und friedlichen Staat.

Der Steuerstaat bildet die tragende Säule unseres Sozialstaates – und wer mehr hat, muss auch mehr zahlen, damit die Gesellschaft nicht auseinanderbricht.

Gestattet mir zunächst einige wenige Ausführungen zum Befund:

- Während in Deutschland großer Wohlstand herrscht, geht es nicht überall gerecht zu. Vermögen ist ungleich verteilt. Während die einen sich die Taschen aus Kapitaleinkünften vollstopfen, kämpfen die anderen mit Einkünften und Regelsätzen, die viel zu niedrig sind, als dass es dazu dienen könnte, eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Ist das solidarisch?
- Facharbeiterinnen und Facharbeiter zahlen in Teilen den Spitzensteuersatz, während sich viele der „Superreichen“ den Finanzämtern entziehen und in Steueroasen flüchten. Ist das solidarisch?
- Darüber hinaus schüren digitale Informationstechnologien, die terroristische Bedrohungslage, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und viele Dinge mehr bei den Menschen in unserem Land Unsicherheiten. Unsicherheiten, die zu einem wachsenden Nationalismus führen. Menschen werden zu Menschenhasserinnen und Menschenhassern – ist das solidarisch?
- Populismus gewinnt in unserem Land und in Europa an Aufwind. Dabei kommt er von links und von rechts. Es wird nach einem Schuldigen gesucht und nach einer simplen Lösung. Während der linke Populismus sich an den Reichen auslässt, lassen sich die rechten Populisten an den Flüchtlingen in unserem Land aus und glauben, dass alles gut ist, wenn wir sie nicht mehr ins Land lassen – ist das solidarisch?



Wir brauchen starke Arbeitnehmerinnen- und -arbeitnehmervertretungen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die

1. auf den Tisch hauen,
2. in der Sache argumentieren und
3. die ihre Empathie und ihren Kampfgeist und -willen für die Sorgen und Nöte der Menschen deutlich zum Ausdruck bringen – ohne Angst vor Repressalien oder eigenen Karriereknicken – unsere Väter und Mütter gehen uns hier mit gutem Vorbild voran.

Kolleginnen und Kollegen,

wir feiern den 1. Mai. Das ist unser Tag –

- der Tag der internationalen Arbeiterbewegung.
- der Tag, an dem wir weltweit für unsere sozialen und demokratischen Rechte und Forderungen eintreten.
- Aber auch der Tag, an dem wir Gewerkschaften zurückblicken und unsere Stärke und unsere gemeinsamen Erfolge feiern.

Ich bin jetzt 36 Jahre alt und es füllt mich mit stolz, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit über 125 Jahren für ihre Rechte eintreten und kämpfen. Dass wir uns in diesem Jahr zu dem Motto „**Wir sind viele. Wir sind eins.**“ gemeinsam hier eingefunden haben zeigt, wie wichtig eine solidarische Gemeinschaft in Zukunft für unsere Gesellschaft sein wird.

Es ist 125 Jahre her, dass der erste Kongress der freien Gewerkschaften zusammengetreten ist. Damals wurden in Halberstadt die Grundsteine für den Deutschen Gewerkschaftsbund gelegt. Seit dieser Zeit haben wir viel erreicht.

Wir sind stark – wir sind erfolgreich und wir kämpfen für den arbeitenden Menschen.

Wir machen keinen Unterschied – auch nicht zwischen Arbeitnehmerinnen und



Arbeitnehmern und „Beamtinnen und Beamten“. Unsere Organisationsstärke ist unsere Kraft!

Mit sechs Millionen Mitgliedern kämpfen wir tagtäglich für die Interessen der Beschäftigten: weil wir viele sind, sind wir EINS!!!! → eine solidarische Gemeinschaft!

### **DEMOKRATIE – gegen Rechts!**

Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in einer demokratischen Gesellschaft!

Unsere Gemeinschaft findet ihre Stärke in unserem Demokratieverständnis. Wir stehen für die demokratische Mehrheit in diesem Land – wir stehen für Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit!

Was sich hinter den einzelnen Begriffen verbirgt, müssen wir immer und immer wieder durch Aufklärungsarbeit kundtun und alltäglich mit Leben füllen.

„Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“ – „Wir sind viele, wir sind eins“ – das ist unsere Kampfansage an die Feinde der Demokratie.

Als Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes und als stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei stehe ich für Vielfalt in Einheit. Ich kämpfe mit euch für ein offenes Einwanderungsland und ich werde nicht müde immer wieder zu betonen, dass alle Menschen in unserem Land die gleichen Chancen, Rechte und Pflichten haben.

Wir leben in einem Rechtsstaat, in dem für alle die gleichen demokratischen Spielregeln gelten und wer sich an die Spielregeln nicht hält, muss das Spielfeld verlassen oder aber mit Strafen rechnen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Flüchtlinge handelt, die gerade erst bei uns angekommen sind oder Menschen, die schon länger in Deutschland leben oder hier geboren sind. Das, was uns die Rechtspopulisten als Alternative für Deutschland verkaufen, ist das Gegenteil von dem, was Demokratie und Rechtsstaat ausmachen.



Die richtige Antwort auf Panikmache und Geschrei von rechts sind aktive Funktionärinnen und Funktionäre, aber auch aktive Mitglieder der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften. Wir alle müssen die Ängste und die Verunsicherungen der Menschen ernst nehmen. Es braucht demokratische Akteurinnen und Akteure, welche sich dem Populismus aktiv in den Weg stellen.

In wenigen Tagen sind Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, dann in Nordrhein-Westfalen und im September haben wir die Bundestagswahl. Wir Gewerkschaften zeigen in diesen Wahlkämpfen nicht nur klare Kante, sondern wir fordern die demokratischen Parteien auf, die Menschen mit ihrer Politik wieder mitzunehmen, Ängste und Unsicherheiten einzufangen und ernst zu nehmen und programmatisch dem Populismus zu begegnen.

Ich bin mit Herz und Verstand Polizeibeamtin und ich verstehe es nicht, dass unser Sach- und Fachverstand bei zentralen Fragen zur Inneren Sicherheit meist kein Gehör findet. Wer ein Mehr an Bildung, ein Mehr an Gerechtigkeit, ein Mehr an Investition in die Zukunft etc. möchte, der muss das Thema Innere Sicherheit ernst nehmen und auch an dieser Stelle investieren. Wir wollen keine Militärpolizei und wir wollen auch keine Repressivpolizei, was wir wollen ist eine

- Bürgerpolizei,
- welche in der Krise in der Lage ist, den Staat handlungsfähig zu halten,
- die Demokratie und den Rechtsstaat verteidigt
- und den Menschen in unserem Land den Schutz gewährleistet, den Art. 1 GG uns als Garanten des Staates übertragen hat.

Meine verehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen mit unseren Forderungen für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wir stehen für eine Politik, die unseren Staat wieder handlungsfähig macht und wir stehen



vor allem für eine Politik, die den Menschen Sicherheit, Vertrauen und Perspektiven gibt.

### **Mindestlohn**

Mit diesen Leitgedanken möchte ich mit Ihnen und euch gemeinsam auch einen kleinen Blick in die Vergangenheit vagen. Denn: Wieviel wir Gewerkschaften wuppen können, haben wir bewiesen.

Der **Mindestlohn** ist eine Erfolgsgeschichte, für die wir weiterkämpfen. Der Mindestlohn ist und bleibt jedoch die Sicherung eines Existenzminimums. Nach wie vor lassen viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Menschen zu Dumpinglöhnen schufteten und beuten sie aus. In vielen Fällen wird der Mindestlohn noch umgangen. Hier stehen wir mit der energischen Forderung nach schärferen Kontrollen und Sanktionen.

Die neuen gesetzlichen Regelungen zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen sind ein erster Schritt. Das reicht uns aber nicht. Wir wollen, dass der Missbrauch wirksam bekämpft wird. Das sind wir unseren Kolleginnen und Kollegen, die sich tagtäglich für Dumpinglöhne den Hintern aufreißen und davon kaum leben können, schuldig.

### **Tarifrunden**

In den letzten **Tarifrunden** sind wir alle mit gewerkschaftlichen Forderungen angetreten, die den Beschäftigten das sichern sollen, was sie durch den Einsatz ihrer Kompetenz erarbeitet haben. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber investieren monetäres Kapital, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer investieren ihr Wissen, Können, ihre Sozialkompetenz und ihre Motivation und am Ende erscheint das gemeinsam produzierte Gut.

Die Investitionsmasse ist auf beiden Seiten gleichermaßen vorhanden, also liebe Kolleginnen und Kollegen – muss auch der Ertrag auf beiden Seiten gleichermaßen vorhanden sein.



Es sind unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, die Rekordgewinne der Unternehmen erarbeiten. Es sind unsere Kolleginnen und Kollegen, die dafür sorgen, dass die öffentliche Infrastruktur funktioniert. Es ist nur recht und billig, dass sie dann auch faire Löhne für gute Arbeit bekommen. In den Tarifrunden der letzten Monate konnten wir Erfolge verzeichnen, die es ohne euch nicht geben würde. Ihr habt dafür gekämpft, dass in der Stahlindustrie, der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Energiewirtschaft und dem Steinkohlebergbau, der Eisenbahn etc. gerechter entlohnt wird. Wir konnten so viele Menschen mobilisieren, wie schon lange nicht mehr. Dafür gilt euch unser großer Respekt! Herzlichen Dank dafür!

Auch im öffentlichen Dienst konnten wir Erfolge erzielen, die inhalts- und zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten im Land kann dabei ebenfalls als ein Erfolg gefeiert werden. Das ändert bedauerlicherweise jedoch nichts an der Tatsache, dass Rheinland-Pfalz nach wie vor eines der Schlusslichter in der Besoldungstabelle bildet. Das zeigt, dass die Solidarität von Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten wichtiger wird. Seit der Föderalismusreform entsteht ein bunter Flickenteppich an Entgelt- und Besoldungserhöhungen – gleiche Arbeit wird schon lange nicht mehr gleich bezahlt. Das können und wollen wir so nicht hinnehmen!

### **Sichere und gute Arbeit der Zukunft**

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

„Wir sind viele. Wir sind eins.“ – ob Facharbeiter, Krankenschwester oder Pflegekraft, ob Kauffrau, Leiharbeiter, Werkvertragsnehmer oder Solo-Selbständiger, ob Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst oder Beamtin oder Beamter. → Wir sind eine Gemeinschaft!

Was wir vorfinden, treibt einem die Tränen in die Augen:

Tagtäglich begehen Arbeitgeber Tarifflicht. Die Tarifbindung ist auf 49 Prozent abgesackt. Im Jahr 1998 waren es noch 63 Prozent. Was bedeutet dies?



Die Einkommens- und Lebensbedingungen klaffen immer weiter auseinander. Millionen von Beschäftigten arbeiten ohne Tarifvertrag. Sie leben in einem permanenten Zustand von Verunsicherung und sozialer Abstiegsangst.

Wir fordern: Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit! Für Alle! Tariftreue Arbeitgeber brauchen unsere Hilfe. Wir wollen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern – wir wollen Tarifverträge für alle! Und wir wollen, dass Gründer von Pseudo-Gewerkschaften erkennen, dass unsere Stärke die Solidarität der Gemeinschaft ist – ein Betrieb – eine Gewerkschaft!

### **Prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit**

Kolleginnen und Kollegen,

prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit treiben uns um – ganz deutlich wird dies bei den Minijobs. Noch immer gehen 5 Millionen Beschäftigte einem Minijob nach – mit einem max. Einkommen von 450 Euro im Monat. Nicht selten ist der Minijob dabei die einzige Erwerbsquelle!

Ein Viertel dieser Beschäftigten verfügt nicht über einen Arbeitsvertrag – die Folgen:

- Pausenzeiten werden nicht bezahlt,
- Lohnfortzahlungen bei Urlaub und im Krankheitsfall sind Luxus,
- Soziale Absicherungen im Alter fehlen.

Die über das zeitliche Kontingent der Minijobs hinausgehende Arbeitszeit wird schwarz bezahlt und die Sozialversicherungsbeiträge werden vom Lohn einbehalten – ist das gerecht?

Wer sich hier Geld in die Tasche steckt, liegt auf der Hand.

Aus diesem Grund fordern wir:

- dass Arbeitszeiten detaillierter aufgeschrieben werden (denn: wer nichts zu verbergen hat, kann auch aufzeichnen und wer was zu verbergen hat, ist kriminell und gehört bestraft)





- die Umwandlung von Minijobs hin zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

## **Rente**

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

„Wir sind viele. Wir sind eins!“ Ob alt oder jung, ob Niedriglöhner oder Besserverdiener – alle Beschäftigten sind sich einig: die gesetzliche Rente muss Schutz vor sozialem Abstieg und Armut bieten. Derzeit liegt das gesetzliche Rentenniveau bei 48 Prozent. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, wird es ungebremst auf 42 Prozent absacken.

Unsere sozialen Sicherungssysteme sind große sozialstaatliche Errungenschaften, die hart erkämpft wurden. Dazu gehört auch, dass man nach einem langen Erwerbsleben in den wohlverdienten Ruhestand geht. Die Rente im Alter muss für ein Leben in Würde reichen!

Wir fordern einen Kurswechsel in der Rentenpolitik! Die gesetzliche Rente muss auf dem heutigen Niveau stabilisiert werden. In einem zweiten Schritt fordern wir die Anhebung auf 50 Prozent.

Unser diesjähriges Motto gilt auch für die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Wir müssen heute schon an die Zukunft von morgen denken. Auch für junge Menschen ist ein stabiles Rentenniveau im Alter existenziell. Dafür brauchen sie heute gute bezahlte und sichere Arbeitsplätze mit langfristigen Perspektiven von Anfang an. Das Problem dabei: welcher junge Mensch beschäftigt sich in jungen Jahren mit der Frage, wie viel Rente oder Pension er oder sie später bekommen wird? → deswegen setzen wir auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und deren gegenseitige Loyalität.

Wir fordern eine bessere Bewertung von Zeiten mit Niedriglohn. Wir müssen endlich alle in den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung mit einbeziehen. Wir wollen, dass Schluss ist mit dem automatischen Sinkflug beim Rentenniveau. Eine



ausreichende Rente ist Voraussetzung für ein Alter in Würde. Wer jahrzehntelang hart gearbeitet hat und in die Rentenkasse einzahlt, muss am Ende eine Rente bekommen, von der er nicht nur leben, sondern mit der er auch am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann.

## **Armut**

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

„Wir sind viele. Wir sind eins!“ – das scheint für unsere Gesellschaft nicht mehr zu gelten. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt: die Schere zwischen Arm und Reich klafft auseinander.

Diese Entwicklung ist eine akute Gefahr für unseren sozialen Zusammenhalt. In kaum einer anderen entwickelten Volkswirtschaft driftet die Verteilung von Einkommen und Vermögen so weit auseinander wie in Deutschland.

Das reichste eine Prozent der Bevölkerung hält über 24 Prozent des Gesamtvermögens, 70 Prozent der übrigen Bevölkerung besitzen dagegen gerade einmal neun Prozent. 40 Prozent haben überhaupt keine Rücklagen oder sind verschuldet.

Einige Wenige bekommen über das Hundertfache eines Normalverdieners. Gleichzeitig lebt jeder Siebte hierzulande in Armut. Fast drei Millionen Kinder wachsen in Deutschland in Armut auf, in einer der führenden Wirtschaftsnationen der Welt – das ist unmoralisch und nicht solidarisch.

Wir fordern, dass die Politik wieder mehr Verteilungsgerechtigkeit schafft. Das verlangt eine gerechte Steuerpolitik. Starke Schultern müssen mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen und die Schwachen müssten entlastet werden. Wir fordern einen Spitzensteuersatz, der wirklich nur Spitzenverdiener betrifft und einen deutlich höheren Grundfreibetrag.



Wir wollen große Vermögen und Erbschaften wieder in die gesellschaftliche Pflicht nehmen. Dafür muss die Vermögenssteuer wieder erhoben werden. Die Erbschaftssteuer muss endlich ihren Namen verdienen. Arbeit wird mit bis zu 43 Prozent besteuert, Kapitalerträge nur mit maximal 25 Prozent. Windige Kapitalerträge gehören genauso besteuert wie ehrliche Arbeit. Wir erteilen den Trump-Vorstellungen amerikanischer Steueroasen eine klare Absage und fordern die Bundeskanzlerin auf, Überlegungen dieser Art im Rahmen des G-20-Gipfels klar und deutlich im Keim zu ersticken.

### **Zukunftsinvestitionen in einen handlungsfähigen Staat**

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

die Zukunft hält so vieles für uns bereit und meine Redezeit ist begrenzt. So möchte ich als Vertreterin der nahezu 9.000 in der Polizei Rheinland-Pfalz Beschäftigten GdP-Mitglieder einen Schwerpunkt zum Thema „Handlungsfähiger Staat und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ setzen: denn ohne eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge ist die soziale Gerechtigkeit nicht möglich!

Es sind meine Kolleginnen und Kollegen, die z.B. auch an diesem verlängerten Wochenende wieder unzählige Veranstaltungen rund um die Maifeierlichkeiten schützen. Nicht selten marschieren dabei die Rechten auf und binden damit eine Vielzahl polizeilicher Kräfte. Menschen in Uniform, die sich gefangen sehen zwischen ihrem gesetzlichen Auftrag, die Versammlungsfreiheit der „Rechten“ zu schützen und ihrer persönlichen Ablehnung solchen Gruppierungen gegenüber. Gefangen zwischen gesellschaftlicher Unzufriedenheit, Frust, Sprachlosigkeit auf der einen Seite und politischem Versagen auf der anderen Seite.

Polizistin-Sein oder Polizist-Sein bedeutet auch MENSCH zu sein. Menschen mit Familien, Kindern, einem Vereinsleben und einem privaten Sozialleben. Menschen in



einem Beruf, von dem sie nicht wissen, ob sie nach Dienstende überhaupt wieder zu ihren Familien, Freunden oder Bekannten zurückkommen.

Nur im gesellschaftlichen Zusammenwirken können wir es schaffen, politische Fehlentscheidungen zu korrigieren. Nicht die Polizistinnen und Polizisten sind dafür verantwortlich, aber sie leisten ihren Dienst in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat nach dem Willen der gewählten Volksrepräsentanten. Deren Versagen oder Unterlassen fühlt zu gesellschaftlichen Tendenzen, die wir nicht tolerieren können und wollen, Kolleginnen und Kollegen. Nicht ohne Grund ist die Gewerkschaft der Polizei als die Polizeigewerkschaft weltweit im DGB organisiert. Nur geschlossen schaffen wir es - aus der Mitte der Gesellschaft heraus - die Politik zurück zu einer sozialen und gerechten Politik zu führen.

Die Polizei ist nicht zum Selbstzweck da. Sie sichert den verfassungsrechtlich verankerten Rechtsstaat und gewährleistet Freiheit und Sicherheit gleichermaßen und zwar in einem täglichen Balanceakt. Soziale und Innere Sicherheit lassen sich nicht trennen. Ich wünsche mir gesellschaftlichen Zusammenhalt, der nicht von Populisten und einfachen Lösungen begleitet wird, sondern von Vernunft und durch Diskurs und Diplomatie.

Gesellschaftliche Spaltungen fördern Perspektivlosigkeit und Gewaltbereitschaft, die sich meist in der unmittelbaren Interaktion mit der Polizei entlädt.

Es ist Alltag geworden, dass meine Kolleginnen und Kollegen angepöbelt, angespuckt oder sogar angegriffen werden. Gewalt als ultima ratio müssen Polizistinnen und Polizisten als Träger des Gewaltmonopols einsetzen, um den Rechtsstaat zu schützen, wenn alle anderen Mittel nicht mehr greifen. Oft werden sie dabei gefilmt. Videobeiträge werden aus dem Zusammenhang gerissen und in sozialen digitalen Medien zur Schau und Diskussion gestellt. Wo bleib die Solidarität für die Freiheitsrechte und die Sicherheit meiner Kolleginnen und Kollegen?



Wo kommt die gesellschaftliche Unzufriedenheit her, die sich oftmals in der Gewalt gegen die Polizei „auf der Straße“ ausdrückt? Ich fasse mal kurz zusammen:

- Der Staat sieht sich durch die Schuldenbremse gezwungen, zu viel zu sparen und zu wenig zu investieren. Das führt dazu, dass in vielen Gemeinden nur noch der Mangel verwaltet wird, für nichts ist mehr Geld da. Schwimmbäder werden abgerissen, Spielplätze sind zu gefährlichen Baugruben geworden, Brücken werden gesperrt, Schulen sind in einem peinlichen Zustand oder der Unterricht findet in Containersiedlungen statt etc.
- Die Reichen werden in Deutschland hingegen immer reicher und die Armen werden immer ärmer. Die Umverteilung von unten nach oben hat in den letzten Jahren so eine solche Dynamik gewonnen, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zunehmend gefährdet.
- Das ist ungerecht, schürt Neid, Unzufriedenheit und Frust. Dies drückt sich wiederum in Hilflosigkeit aus und kann sich letzten Endes als Gewalt gegenüber der Polizei äußern.
- Die mittleren und unteren Einkommen finanzieren mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen das Gemeinwesen und kurbeln mit ihrem Konsum die Wirtschaft an. Mit dem Geld der Reichen, was niemand braucht, wird hingegen hemmungslos unter Außerachtlassung von Ethik und Moral spekuliert. Die restlichen Geldmassen werden in die bereits erwähnten Steueroasen in andere Staaten gebunkert, um nur noch mehr Geldmassen daraus zu machen.



Genau aus diesen Gründen brauchen wir starke Gewerkschaften und eine andere Politik. Die steigende Ungleichheit ist kein Naturereignis. Sie ist politisch gemacht und kann auch nur politisch überwunden werden.

Nur so, Kolleginnen und Kollegen, erreichen wir, dass der Staat wieder Geld zur Verfügung hat, welches dringend für Investitionen in die Zukunft benötigt wird.

Rund ein Drittel der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird bis 2028 aus Altersgründen ausscheiden. Damit Leistungen der staatlichen Daseinsvorsorge nicht noch weiter gekürzt werden, brauchen wir eine unmittelbare Einstellungsoffensive. Dafür müssen gezielt auch junge Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden. Wir leben in einer bunten Gesellschaft und aus diesem Grund muss der öffentliche Dienst den Arbeitgebern gutes Vorbild sein. Wenn nicht bald damit begonnen wird, deutlich über den konkreten Bedarf hinaus qualifiziertes Personal an den öffentlichen Dienst zu binden, werden Heizeilmännchen einspringen müssen.

Schreckensnachrichten von Terror und extremistischen Gewalttaten: Das verunsichert die Bürgerinnen und Bürger massiv. Zugleich erfahren sie den Personalnotstand in unseren Dienststellen jeden Tag – durch geschlossene Wachen und Überlastung der Einsatzkräfte.

Wir fordern mindestens 10.000 Polizistinnen und Polizisten im Land, um den Anforderungen auch nur im Ansatz Rechnung tragen zu können. Bei allen Bemühungen um ein Mehr an Einstellungen gilt aber auch: Auf eine gute polizeiliche Arbeit mit einer modernen Ausrüstung kann kein Staat verzichten, der sich dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet fühlt.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

„Wir sind viele. Wir sind eins!“ – dass bedeutet in unserer Demokratie auch, dass alle Verantwortung dafür tragen, dass unsere staatlichen Institutionen handlungsfähig



bleiben. Dies gilt für Bund, Ländern und Kommunen. Wer in den Staat investiert, der investiert in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger. Zukunft ist die Zeit, die subjektiv betrachtet der Gegenwart folgt. Übersetzt heißt das aber auch, dass eine starke Zukunft Investitionen in der Gegenwart verlangt.

Wir fordern einen umfassenden „Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen“.

Wir brauchen Investitionen in Bildung, innere Sicherheit, Wohnungsbau, Infrastruktur und den öffentlichen Dienst.

Ein gut ausgestattetes Bildungssystem ist nicht nur Wettbewerbsfaktor – es entscheidet über die Zukunft unserer Kinder! Die Gebäude und die Ausstattungen in vielen Schulen sind marode und veraltet. Es fehlt an Räumen und Lernmaterial. Es fehlt aber auch an Datenleitungen, die den Anschluss an das digitale Zeitalter ermöglichen. Es braucht ein umfassendes Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für Schulen.

### **Digitalisierung / Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Gesundheitsschutz**

Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus, Kolleginnen und Kollegen? Ich weiß es nicht, aber eins weiß ich: die zunehmende Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Wir befinden uns in einer Zeit, welche der Zeit der Industriellen Revolution in nichts nachsteht und gerade auf uns als Gewerkschaften kommt dabei eine immense Verantwortung zu.

Wir stehen vor großen Umbrüchen, die uns zwar unsicher, nicht jedoch Bange machen. Wir sollten die Zeit als Chance sehen und auch neue Facetten der Mitbestimmung identifizieren. Wir sollten unsere Rolle neu definieren, ohne Traditionelles aus den Augen zu verlieren.

Die Digitalisierung kann beispielsweise dabei helfen, Präsenzzeiten am Arbeitsplatz zu reduzieren und somit eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten.





Die Situation birgt aber auch Risiken. Das Arbeitsrecht wird umgangen und Mitbestimmung wird ausgehebelt. Arbeitszeiten und Erholungszeiten werden miteinander vermengt. Die Grenzen sind fließend geworden und bergen die Gefahr, durch die Arbeitgeber ausgenutzt zu werden.

Wir fordern, dass die Beschäftigten die Arbeitszeit ihren Wünschen anpassen können. Es braucht Arbeitszeiten, die sich der aktuellen Lebenssituation anpassen. Die Debatte über den Umfang und die Gestaltung von Arbeitszeiten wollen wir vorantreiben.

Arbeit darf nicht krank machen, Arbeit soll zufrieden machen. Arbeit soll einen gerechten Standard an Lebensqualität bieten.

Gerade bei Leiharbeitern, die 20, 30 und mehr Prozent weniger Lohn bekommen als die Stammbeschaft, obwohl sie genau die gleiche Arbeit tun, wirkt sich das immens aus. Aber auch dort, wo sich arbeitende Menschen von einem befristeten Job zum nächsten hangeln müssen und sie nicht wissen, ob sie ihre Familien in drei Monaten noch ernähren können. Um feste Stellenangebote strengen sie sich besonders an und verausgaben sich.

Aber auch bei Kolleginnen und Kollegen, die Tag für Tag Vollzeit arbeiten, aber so schlecht bezahlt werden, dass sie ihren Lohn vom Amt aufstocken lassen müssen – von der Aussicht auf die Rente ganz zu schweigen.

Das alles macht krank und deshalb fordern wir eine Neue Ordnung der Arbeit: Dazu brauchen wir

- Klare Regeln zum Arbeitsschutz!
- Eine bessere Beratung durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften!
- Kontrollen und Sanktionen, damit das Arbeitsschutzgesetz auch eingehalten wird. Wer die Gesundheit der Beschäftigten aufs Spiel setzt, der verstößt gegen das Gesetz und das – liebe Kolleginnen und Kollegen – ist kriminell!





„Wir sind viele. Wir sind eins!“ - Frauen und Männer müssen sich Erwerbstätigkeit und Familienleben partnerschaftlich teilen können! Alle reden davon, kaum einer tut etwas dafür. Wir leben in einer dynamischen „Turbogesellschaft“, die im Widerspruch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht. Das müssen wir weiter anpacken. Frauen und Männer sollen in der Lage sein, gleichzeitig und mit gleichen Chancen zum Aufstieg erwerbstätig zu sein. Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt muss gefördert und die Übernahme von familiären Aufgaben durch Männer unterstützt werden.

Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 20 Prozent weniger als Männer. Das ist eine Schande. Hier sind Politik und wir gefordert, damit wir nicht auch noch in Zukunft in Maireden diesen Zustand beklagen müssen.

Ich spreche hier insbesondere auch für meine Kolleginnen und Kollegen des polizeilichen Wechselschichtdienstes, wenn ich fordere, dass Dienstzeiten ebenfalls den veränderten Anforderungen der Arbeitswelt angepasst werden müssen. Dienstzeiten müssen den Bedürfnissen junger Menschen mit Familien und älterer Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen gleichermaßen entgegen kommen. Dem öffentlichen Dienst kommt dabei eine Vorbildrolle zu. Verbesserte Teilzeitmodelle, Modelle des frühzeitigen Ausstiegs und Wiedereinstiegs schaffen Flexibilität im Lebenszeitmodell.

Dies ist auch ein Erfordernis einer sozial gerechten Gleichstellungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

wir arbeiten flexibler – ja – genauso ist es. Es darf aber nicht länger eine Einbahnstraße für die Arbeitgeber sein, sondern es braucht politische Regeln für die neuen Technologien und digitale Medien. In der analogen Welt werden gesellschaftlichen Werte und Normen durch unsere Verfassung als Rahmen formuliert.



Unsere Strukturprinzipien, allen voran unser demokratischer Rechtsstaat muss mit all seinen Facetten auch digital gelten. In der wirklichen Welt werden Straßen gebaut und in der Straßenverkehrsordnung wird geregelt, wie sich auf diesen Straßen zu verhalten ist. Das muss auch in der digitalen Welt gelten.

Der Staat hat die Pflicht, die notwendigen „Straßen“ zu bauen und die digitale Infrastruktur zu schaffen. Darüber hinaus muss er auch die Regeln formulieren, die in der digitalen Wirklichkeit Geltung haben müssen und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entsprechen. Regelverstöße müssen sanktioniert werden und dürfen nicht der „Community“ überlassen werden. Auch das ist kriminell, Kolleginnen und Kollegen.

### **Offensive Mitbestimmung:**

Kolleginnen und Kollegen,

„Wir sind viele. Wir sind eins.“ – eine Vielzahl von Befragten in Deutschland halten Betriebsräte in der Arbeitswelt für wichtig und doch gehen sie nicht zu den Wahlen. Warum ist das so?

Wir alle wollen die Arbeit der Zukunft gestalten. Wir alle wollen solidarisch und eins miteinander sein.

Dazu braucht es funktionierende, starke und handlungsfähige Mitbestimmung. Die Arbeitswelt verändert sich rasant und die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Mitbestimmung bleiben so wie sie sind. Darüber hinaus werden Betriebs- und Personalräte in ihrer Arbeit behindert.

Das sind Gesetzesverstöße, die wir so nicht hinnehmen werden. Wir brauchen endlich umfassende Reformen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsrechts. Wir gehen in die Offensive, um die Mitbestimmung zu



stärken. Die weißen Flecken auf der Landkarte der Mitbestimmung dürfen nicht größer werden, sie müssen verhindert werden.

Offensive Mitbestimmung darf dabei nicht nur der Name eines Projekts des DGB sein, sondern wir müssen die Kampagne mit Leben füllen – wir alle – die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben ebenso wie die Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in den Gewerkschaften.

Es füllt mich mit stolz, dass ich in der größten Polizeigewerkschaft der Welt aktiv sein kann und dort Mitglied bin. Wir finanzieren unseren Bundesvorsitzenden aus Mitgliedsbeiträgen. Wir stellen in Rheinland-Pfalz innerhalb der Polizei die wesentliche Mehrheit der freigestellten Personalratsmitglieder, die sich tagtäglich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen und für die Einhaltung der Mitbestimmungsrechte einsetzen. All meine Kolleginnen und Kollegen führen ihr gewerkschaftliches Amt ehrenamtlich und mit viel Herzblut und Verstand aus. Und doch müssen sie sich immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, die Personalratstätigkeit und die Gewerkschaftstätigkeit nur aus dem Grund auszuüben, um sich selbst die Taschen voll zu machen.

Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften und Personalräten: ob haupt- oder ehrenamtlich, ob bei den Frauen, den Senioren oder in der Jugend, ob Funktionärin oder Mitglied – seid stolz über das, was ihr jeden Tag draußen in den Betrieben und Dienststellen leistet, während andere ihre Freizeit bereits mit ihren Familien und/oder Freunden verbringen. Ich bin stolz auf euch und froh, dass es euch gibt!

## **Europa**

Was wäre das für ein 1. Mai und ich für eine Rednerin, wenn wir nicht auch über die EU-Politik reden würden? Die Stimmungsmache der europakritischen Populisten hat mich im letzten Jahr zutiefst betroffen gemacht, weil sie den Menschen in unserem



Land den Eindruck vermittelt, als seien die in der EU lebenden Menschen Sündenbock für die wirtschaftliche Lage und die Einkommensverhältnisse.

Ja, die Euro-Krise ist noch nicht vorbei – Jahr für Jahr weitet sie sich aus und das muss uns Sorge bereiten. Die Wirtschaftskraft geht zurück und Gewerkschaften und Löhne werden angegriffen – die Reallöhne sinken und die Bevölkerung in Europas Süden verarmt.

Die Finanzmärkte werden von Spekulanten beherrscht, von einer effektiven Regelung der Märkte sind wir weit entfernt. Was passiert nun, wenn durch Spardiktate Parlamente ausgehebelt werden? Dann gerät die Demokratie in Gefahr. Aus diesem Grund muss Europa auf einen anderen politischen Kurs gebracht werden. Das Vertrauen in die europäische Einigung kann nur gelingen, wenn die Menschen hinreichend informiert und beteiligt werden, so dass sie die aktuelle Europa-Politik verstehen können, Kolleginnen und Kollegen.

Am Ende steht doch nur noch die Antwort auf die Frage: soll Europa stehen oder soll Europa fallen?

Und die zweite Antwort ist keine Option, Kolleginnen und Kollegen. Die Europäische Union ist nicht das Problem – das Problem ist die Politik der letzten zwanzig Jahre, mit der sich die EU zum Vorreiter der neoliberalen Globalisierung gemacht hat.

Europa muss sich seines Gründungsversprechens wieder bewusst werden. Europa steht für Frieden, Wohlstand, sozialen Fortschritt und den gemeinsamen Kampf gegen Armut. Europa droht aktuell in die Kleinstaaterei zurückzufallen. Wo wir hinsehen – die nationalen Egoisten der Mitgliedsstaaten feiern Urstände. Von europäischer Solidarität keine Spur.

Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,



da Brexit-Votum hat Europa ins Mark getroffen. Europa steckt im Schlamassel. Nationalismus und Rechtspopulismus befinden sich in vielen EU-Staat im Höhenflug. Die Menschen haben das Vertrauen verloren. Dass wir ein anderes Europa brauchen, ist klar. Klar muss aber auch sein, dass kein Europa keine Lösung ist! Wir brauchen Europa mehr denn je. Die Frage ist also nicht ob, sondern wie! Ich stehe hier mit der Forderung für ein starkes Europa – denn „Europa sind viele – Europa ist eins!“

Wir wollen ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem starken und vereinten Europäischen Gewerkschaftsbund.

### **Flüchtlings- und Einwanderungspolitik**

In Deutschland müssen alle sicher und ohne Angst leben können. Dies gehört zu den Fundamenten unseres Landes und ist Kernbestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Bedauerlicherweise werden Flüchtlinge in den letzten Jahren immer mehr eingeschüchtert und bedroht und für alle denkbaren Straftaten verantwortlich gemacht. Vielen von ihnen stammen aus Syrien, dem Land, in dem der selbsternannte Islamische Staat Angst und Schrecken verbreitet.

Es ist unsere Aufgabe als Gewerkschaften und dafür stehe ich heute hier, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu kämpfen und ich zeige mit euch und allen anderen Gewerkschaftern gemeinsam Flagge gegen die menschenverachtenden rechten Ideologien. Es ist unsere menschenrechtliche Pflicht, Verfolgten Asyl zu gewähren. Flüchtlinge sind bei uns – wie jeder andere Mensch auch – herzlich willkommen und verdienen eine menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Betreuung.

Kolleginnen und Kollegen,

wir sind weltoffen und stehen auf, wo Menschenrechte verachtet werden. Wir sind eine bunte, weltoffene und demokratische Gesellschaft. Ich stehe mit meinen 36 Jahren



auch als Vertreterin der jüngeren Generation hier und ich wünsche uns eine Zukunft, in der das so bleibt. Es hat uns große Anstrengungen gekostet, auf breiter Front öffentlich gegenzuhalten. Dafür möchte ich allen Akteurinnen und Akteuren recht herzlich danken. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus dürfen nicht auf fruchtbaren Boden fallen.

Wir fordern eine Politik, die ein soziales und gerechtes Miteinander schafft und lehnen eine Politik ab, welche aufgrund ihrer Hilflosigkeit rechtsextremer Gewalt und linksextremer Gewalt freien Lauf lässt.

Wir sind alle dazu verpflichtet, rechtzeitig gegen rechtsextremistisches Denken zu handeln, gegen Rassismus und Intoleranz. Jedes Jahr, wenn der braune Mob versucht, mit menschenverachtenden Parolen Stimmung an unserem 1. Mai zu erzeugen, muss uns bewusst werden oder sein, dass wir Farbe bekennen müssen, dass wir kämpfen müssen, dass wir gegenhalten müssen!!!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
nein, wir sind nicht politikverdrossen!!!  
Nein, wir sind nicht uninteressiert!!!  
Ja, „wir – die Gewerkschaften – sind viele!!!! Und  
Ja, „wir – alle Menschen – sind eins!“

Wir setzen uns für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein und schützen diese, wir bringen die Politik unter Zugzwang, wir bündeln Kräfte in solidarischer Gemeinschaft, wir verleihen unseren Forderungen Nachdruck - vor über 125 Jahren, die Jahre danach, gestern, heute, morgen und mindestens bis in alle Zukunft.

Der Mensch ist Erfolgsgarant der Wirtschaft und muss im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen.



Ich danke euch und Ihnen für die Aufmerksamkeit!

Glück auf!